

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/186

30. September 1974

Die europäische Zukunft gewinnen

Bundesregierung wirkt weiterer Unterhöhung des
gemeinsamen Agrarmarktes entgegen

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB
Vorsitzender des Bundestageausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Seite 1 / 32 Zeilen

Unsere Konzeption ist international anerkannt

Entwicklungspolitik soll "Hilfe" überflüssig machen

Von Egon Bahr MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 2 und 3 / 50 Zeilen

Der große Dialog war ein voller Erfolg

Konferenzen Willy Brandts mit Ortsvereinsvorsitzenden
zeigten neue Dynamik in der SPD

Seite 4 / 39 Zeilen

Die Flucht vor der Nation

Honecker will seine DDR der Konkurrenz mit dem
anderen deutschen Staat entziehen

Seite 5 / 44 Zeilen

Das Millionenspiel der CDU

Die Hessische Landesbank als Wahlkampfobjekt

Von Willi Görlich MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im hessischen Landtag

Seite 6 und 7 / 66 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telek: 08 98 846-48 ppbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Die europäische Zukunft gewinnen

Bundesregierung wirkt weiterer Unterhöhnung
des gemeinsamen Agrarmarktes entgegen

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Beschluß der Bundesregierung, den Vorschlägen der Brüsseler Agrarminister vorerst nicht zuzustimmen, ist zulässig und begründet. Zulässig, weil Bundesminister Ertl seine Einwilligung in Brüssel unter den Vorbehalt einer gründlichen Beratung und verbindlichen Entscheidung durch das Bundeskabinett gestellt hatte. Sachlich begründet ist er, weil die Regierung der weiteren Unterhöhnung des gemeinsamen Agrarmarktes durch wettbewerbverzerrende Sondermaßnahmen einzelner Partnerländer entgegenwirken muß.

Die dem Anschein nach harte, und was den Zeitpunkt angeht, für manchen überraschende Entscheidung, ist der augenblicklichen Lage des gemeinsamen Marktes durchaus angemessen. Denn sie setzt keinen Schlußpunkt, schafft keine vollendeten Tatsachen, die zum endgültigen Bruch führen müssen. Vielmehr hat das Kabinett eine Tür geöffnet, durch die jedermann eintreten kann, der es mit Europa ernst meint. Voraussetzung ist allerdings, daß die Partnerländer befriedigende Erklärungen über ihre Absichten vorlegen, die vertragswidrigen nationalen Maßnahmen abzubauen und einer gründlichen Bestandsaufnahme zuzustimmen.

Dies muß bald geschehen, und die Bundesregierung hat sich mit ihrer Entscheidung selbst in die Pflicht genommen, Motor für die weitere Entwicklung zu sein. Inventarlisten, mit buchhalterischer Genauigkeit von Brüsseler Bürokraten aufgestellt, sind wenig hilfreich. Sie werden allenfalls dazu dienen, die Krise des europäischen Agrarmarktes mit harten Tatsachen zu belegen. Darüber hinaus muß die Bundesregierung nun Ideen entwickeln, wie auf der Grundlage der Römischen Verträge unter Wahrung des gemeinsamen Außenschutzes, der Präferenzen im Innern und der finanziellen Solidarität das Europäische Haus neu zu ordnen ist.

Die Bundesregierung hat in der letzten Woche eine wichtige Entscheidung für den gemeinsamen Markt getroffen, die an diesem Mittwoch in der gemeinsamen Sitzung der Außen- und Agrarminister nicht verwässert werden darf. Mit ihrer Absicht, den "Geist der Römischen Verträge" neu zu beleben, hat sich die Regierung eine schwere Verantwortung aufgebürdet, die sie nicht alleine tragen soll. Die SPD-Fraktion wird ihr jederzeit solidarisch mit Rat und Tat zur Seite stehen.

(-/30.9.1974/ks/pr)

+ + +

Unsere Konzeption ist international anerkannt

Entwicklungspolitik soll "Hilfe" überflüssig machen

Von Egon Bahr MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Wer in Not ist, braucht Hilfe. Wer dauernd ohne Aussicht darauf lebt, sich selbst helfen zu können, verliert Stolz und Selbstwertgefühl. Entwicklungshilfe hat sich als Begriff international eingebürgert. Aber für die Entwicklungsländer kann es nicht nur um "Hilfe" gehen, zumal dieser Begriff in vielen Fällen die Wirklichkeit verdeckt. Sicherlich wird bei Katastrophen einfach "geholfen". Doch das macht nur einen verschwindend geringen Teil dessen aus, was Entwicklungspolitik leistet.

Die Ölstaaten haben als erste Entwicklungsländer die Chance des freien Weltmarktes genutzt und genügend Einnahmen erzielt, daß sie die Bedürfnisse ihrer Völker befriedigen können; zum Teil nehmen sie mehr ein, als sie sinnvoll ausgeben können. Andere Rohstoffländer folgen ihnen auf diesem Weg. Solche Länder können technisches Wissen bei uns und anderen einkaufen. Aber technisches Wissen ist nicht unbegrenzt verfügbar. Es könnte der Zeitpunkt kommen, zu dem die Nachfrage nach Fachpersonal größer ist als das Angebot.

Wenn wir Öl und andere Rohstoffe kaufen, ist der erste Schritt für eine Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen erreicht. Die klassische Situation zwischen Geber- und Empfängerland ist in diesen Fällen überwunden. Doch die Zahl der reichen Rohstoffländer ist begrenzt. Eine ganze Reihe von Staaten hat auch weiterhin kein Druckmittel in der Hand, um die Industriestaaten zu veranlassen, sie als gleichberechtigte Partner anzuerkennen. Im Gegenteil: Durch gestiegene Nahrungsmittel-, Düngemittel- und Energiekosten geraten sie schuldlos in immer stärkere Abhängigkeit. Müssen wir also doch schlicht "helfen", wenn nicht Millionen verhungern sollen?

Eine tragfähige Entwicklung kann und wird letztlich nur von den Menschen eines Landes selbst durchgeführt werden. Der Versuch, von uns aus ein fremdes

Land zu entwickeln, wäre nicht nur anmaßend und unsinnig, uns fehlen auch die Möglichkeiten dazu. Die Wertvorstellungen einer pluralistischen Gesellschaft sind zu unterschiedlich und selbst für eine technisch hochentwickelte Welt zuweilen zu fragwürdig, um exportiert zu werden. Wir können zwar auf vielen Gebieten technische Lösungsmöglichkeiten anbieten. Dabei muß das, was bei uns "letzter Schrei" ist, durchaus nicht das Sinnvollste sein. Das Wesentliche aber muß von den einzelnen Ländern nach ihren Möglichkeiten, ihrer Kultur, ihrer Tradition, ihren Vorstellungen getan werden. Sie haben die größte Arbeit zu leisten, die größte Last zu tragen. Ihre Wertvorstellungen und Verhaltensweisen lassen sich nicht durch fremde "Wohlthäter" ändern, mit denen man bisher noch selten gute Erfahrungen gemacht hat. Kein Land duldet auf Dauer Überfremdung - wie das selbstbewußte Auftreten der Entwicklungsländer in jüngster Zeit, etwa auf der Rohstoffkonferenz in New York, beweist.

Entwicklungspolitik verstreut nicht sinnlos Geld. Sie ist rationale Politik. Wir setzen gezielt Instrumente ein, um so wirkungsvoll wie möglich alles zu unterstützen, was zum Abbau von Spannungen in der Welt beiträgt und die Zukunft ihrer Bewohner sichert.

Die von meinem Vorgänger Erhard Eppler geprägte und international als vorbildlich anerkannte Konzeption nennt das Ziel die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. An der Verwirklichung dieser Konzeption werde ich weiterarbeiten. Entwicklungspolitik ist und bleibt weder Almosen noch blinder, kurzfristiger Egoismus. Entwicklungspolitik heißt Zusammenarbeit im Interesse aller Beteiligten, um "Hilfe" überflüssig zu machen.

(-/30.9.1974/ks/pr)

(Dieser Artikel von Bundesminister Bahr ist ein Beitrag für die Oktober-Ausgabe des "DED-Briefes".)

+ + +

Der große Dialog war ein voller Erfolg

Konferenzen Willy Brandts mit Ortsvereinsvorsitzenden
zeigten neue Dynamik in der SPD

Willy Brandt hat am Wochenende in Bad Dilsdorf und in Nordenham die Reihe von 15 Arbeitskonferenzen mit den Ortsvereinsvorsitzenden der SPD abgeschlossen. Rund 10.000 Vertrauensleute der Partei hatten in den letzten Wochen mit dem Parteivorsitzenden die Lage der Partei diskutiert und dabei nichts unter den Teppich gekehrt. Die Ergebnisse der Konferenzen werden jetzt ausgewertet und zur Jahreswende als Handreichungen für die tägliche Parteiarbeit veröffentlicht. Bereits heute kann eine vorläufige Bilanz gezogen werden: Der große Dialog zwischen dem Parteivorsitzenden und jenen Frauen und Männern der Partei, die die Arbeit vor Ort betreiben, war ein voller Erfolg. Bundesgeschäftsführer Holger Börner und seine Mitarbeiter im Erich-Ollenauer-Haus haben eine Reihe von Anregungen bekommen, die aufgegriffen werden müssen, um die organisatorische Arbeit für die fast eine Million Mitglieder der SPD noch effektiver zu gestalten und um die politische Wirksamkeit und Schlagkraft der Partei weiter zu stärken.

Die Konferenzen haben gezeigt, daß der Weg und die Zukunft der SPD vor allem von dem Engagement abhängen, das in den Ortsvereinen ausgeübt wird. Sie sind das Bindeglied zur Parteispitze und Grundlage für die Arbeit der Gesamtpartei. Deutlich wurde auch, daß es für die Partei keinen Grund gibt, sich falsche Sorgen zu machen oder gar den Kopf in den Sand zu stecken. Wer noch vor einem halben Jahr hier und dort in einigen Parteigliederungen ein wenig Resignation zu spüren, so kann heute festgestellt werden, daß eine neue Mobilisierung eingesetzt hat. Wer noch im Frühjahr zu verzeichnen, daß Gruppeninteressen mancherorts zu stark betont wurden, so muß heute registriert werden: Es wird wieder mehr Rücksicht genommen auf die Gesamtinteressen der Partei. Die Mitglieder der SPD sind wieder näher zusammengedrückt. Das Gesamterscheinungsbild der SPD ist besser geworden, wenngleich auch heute noch das Wort Willy Brandts gilt, daß die SPD weder ein Obdachlosensyl für Gegner des demokratischen Sozialismus ist noch sein kann. Das gilt in gleicher Weise für Kommunisten und für den "Bund freies Deutschland". Für alle Gruppierungen, die eine andere Partei unterstützen.

Deutlich wurde während der Konferenzen auch, daß in der SPD weiterhin Platz ist und bleiben muß für eine Vielzahl von Meinungen, dies allerdings auf dem Boden des gemeinsamen Programms. Die SPD hat sich seit jeher nicht als Debattierklub oder als Akklamationsriege verstanden. Dies war ihre Stärke und wird es auch in Zukunft sein. Beste Garanten dafür sind die Ortsvereinsvorsitzenden. Sie werden weiterhin dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik offen für neue Impulse, schöpferisch und attraktiv für die Wähler bleibt. Die 15 Konferenzen mit dem Parteivorsitzenden Willy Brandt brachten neuen Ansporn für weitere politische Erfolge.

Gode Japs
(-/30.9.1974/ks/pr)

+ + +

Die Flucht vor der Nation

Honecker will seine DDR der Konkurrenz mit
dem anderen deutschen Staat entziehen

Die Entscheidung der SED-Führung, über ihr Instrument Volkskammer aus der Ulbricht-Verfassung von 1968 das Bekenntnis zur einheitlichen deutschen Nation und die Verpflichtung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu tilgen, greift nicht verändernd in die politische Wirklichkeit ein; sie versucht nur, den Verfassungstext mit der Realität der Abgrenzungs-Praxis in Übereinstimmung zu bringen, soweit in diesem Staate irgendeine Verfassung überhaupt etwas mit Realität zu tun haben kann. Ansonsten ist der "Beschluss" des Ostberliner "Parlaments" Papier. Hunderte von Jahren deutscher Geschichte lassen sich nicht durch verordnete Akklamation einiger Beordeter aufheben.

Zumindest ein Aspekt ist aber von Belang: Unter Honecker bekennt sich die SED, deren Umbenennung nun wohl auch fällig ist, offiziell zu den kleinen Brötchen, die sie allenfalls zu backen in der Lage ist. Vom lange propagierten "Wettkampf der Systeme" in Deutschland will sie jetzt nichts mehr wissen, vielmehr versucht sie, sich dieser Konkurrenz, in der sie auch nach eigener Überzeugung nicht gut dasteht, durch Leugnen - und jetzt durch dieses skurrile einseitige Aufkündigen - der gemeinsamen Nation zu entziehen.

Nichts mehr da von Ulbrichts "Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen", vom großen Anspruch "das demokratische Deutschland" als "sozialistischer Staat deutscher Nation" zu repräsentieren. Von Nation ist gar keine Rede mehr, man ist lediglich noch "ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern". Dafür sei Honeckers DDR "für immer und unwiderruflich mit der UdSSR verbündet" und ein "untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft". Sie bildet damit innerhalb dieser Gemeinschaft unbedingt in der historischen Entwicklung die Avantgarde, denn die anderen sind alle noch mit nationaler Bürde belastet und werden sich davon einstweilen auch nicht emanzipieren. Die Deutschen, auch wenn sie sich fast schon nicht mehr so nennen, zeigen es mal wieder der erstaunten Welt, ist man versucht zu sagen.

Ganz so sicher scheint die SED-Spitze ihrer fortschrittlichen Sache indessen auch wieder nicht zu sein. Nicht nur, daß in der Volkskammer der kühne Schritt überhaupt nicht beim Namen genannt wurde, auch Erich Honecker ging diesem Akt wie dem Gottseibeiuns aus dem Wege; über feindselige Zitate auswärtiger Kommentare, läßt man wissen, was die Stunde geschlagen hat. Viel Würde verrät das nicht; der ruchlose Befehl wird hinter vorgehaltener Hand erteilt. So beginnt denn die DDR im zweiten Vierteljahrhundert ihrer Existenz mit der Honecker-Verfassung. Wie lange die dauern wird, weiß niemand. Bekannt ist aber, welches Gewicht, solche Manifeste haben, wenn sie nicht mehr ins politische Kalkül passen: keines.

Claudia Preller
(-/30.9.1974/ka/pr)

+ + +

Das Millionenspiel der CDU

Die Hessische Landesbank als Wahlkampfobjekt

Von Willi Gürlach MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im hessischen Landtag

Am 7. März 1974 gab es die hessische CDU ihren Funktionären schriftlich: die Hessische Landesbank wurde zum Wahlkampfthema erster Ordnung ernannt. Freilich nur intern. Denn nach außen gaben sich die Vertreter dieser Partei im Landtag noch parlamentarisch-korrekt. Sie reichten Große Anfragen und zwei Anträge ein und bestritten energisch, daß ihnen daran gelegen sei, die Landesbank in den Wahlkampf hineinzuziehen.

Inzwischen ist der Schafspelz abgelegt, und in großformatigen Anzeigen werden Unwahrheiten verbreitet, obwohl in allen Landtagadebatten und Ausschußsitzungen die CDU ihr Pulver verschoß, ohne daß auf der anderen Seite Opfer zu beklagen waren. Da ist die Rede vom "Bankier Osswald", von einer Milliarde Verlusten für Steuerzahler und Sparer - Unwahrheiten, die schon deshalb als hinterhältig bezeichnet werden müssen, weil es in der CDU genügend Wirtschaftsfachleute gibt, die wissen, daß weder Osswald als Verwaltungsratsvorsitzender der Landesbank "Chef einer Staatsbank" ist - wie in Anzeigen behauptet wird - noch von einer Milliarde Mark Verlusten gesprochen werden kann.

Gelungen ist der CDU dabei jedoch eines: sie hat der Bank durch ihr Krisengerede Millionenverluste zugefügt. Ministerpräsident Osswald hat dies in seiner Eigenschaft als Verwaltungsratsvorsitzender unmißverständlich festgestellt. Nur die erneute und schon wiederholt öffentlich bekräftigte Garantie der Gewährträger (Land Hessen und Hessischer Sparkassen- und Giroverband je 50 Prozent) und das unbeirrte Eintreten des Ministerpräsidenten für die Interessen der Landesbank haben seit Beginn der Oppositionskampagne größere Unruhe unter den Sparern und Einlegern und damit noch größeren Schaden für das Geldinstitut abwenden können.

Die Polemik der CDU zeigt eindeutig, daß es ihr weder um den Schutz der Sparer noch um die Interessen der Bank geht - ihr sind auch die Millionenverluste offensichtlich völlig gleichgültig. Sie möchte im Hinblick auf die Landtagswahl am 27. Oktober 1974 einzig und allein dem Ministerpräsidenten aus seiner satzungsmäßigen Funktion bei der Bank etwas am Zeug flicken. Sie

fordert Oswald geradezu zur Flucht aus der Verantwortung auf. Ein durch-
sichtiges Manöver!

Die SPD-Landtagsfraktion stellt fest:

1/ Der jeweilige Ministerpräsident des Landes Hessen ist kraft Satzung
Vorsitzender des Verwaltungsrates. So war dies auch schon bei Oswalds Vor-
gänger Dr. Georg August Zinn.

2/ Die CDU versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob die Bank durch
Ministerpräsident Albert Oswald geleitet werde und nicht von acht Vorstands-
mitgliedern, die von beiden Gewährträgern (Land und Sparkassen) gemeinsam
berufen wurden.

3/ Der Kreditausschuß der Bank beschließt über alle Kreditengagements,
die nicht in der Verantwortung des Vorstandes stehen. Die Mitglieder der CDU
in diesem Ausschuß haben die Kredite mitbeschlossen, für die die CDU heute
Oswald verantwortlich machen möchte, obwohl dieser dem Kreditausschuß nicht
angehört.

4/ Die CDU hat durch ihre Vertreter die Beteiligung der Landesbank an
der Investitions- und Handelsbank gutgeheißen und mitbeschlossen. An diesem
Beschuß war Ministerpräsident Oswald nicht beteiligt.

Diesen Tatsachen wäre nichts mehr hinzuzufügen - außer einem Hinweis
auf die Leistungen der Hessischen Landesbank, die die CDU als nicht existent
betrachtet. Kein Wunder, denn diese Zahlen stehen im krassen Gegensatz zu
allem Krisengerede: Für ihre wichtige Aufgabe im Rahmen der Strukturpolitik
in Hessen hat die Landesbank im vergangenen Jahr Geld zur Verfügung gestellt,
als die Kommunen größte Schwierigkeiten hatten, für Infrastrukturmaßnahmen
die notwendigen flüssigen Mittel zu bekommen. Als weiteres Beispiel für
die positive Rolle der Landesbank gilt die Tatsache, daß zwei Drittel der
längerfristigen Ausleihungen in einer Höhe von 10,6 Milliarden DM in kommu-
nale Kredite für Straßen, Krankenhäuser und andere Vorhaben gegangen sind.

Allein für den Wohnungsbau sind 5,4 Milliarden DM ausgeliehen worden,
mit denen man nahezu 600.000 Wohneinheiten habe fördern können. Die Bilanz
weist außerdem 2,4 Milliarden DM langfristige Verbindlichkeiten für Struktur-
verbesserungen im landwirtschaftlichen Bereich - also für Wirtschaftswege-
bau, Kleinsiedlungen bis hin zu Neusiedlungen oder Flurbereinigungen - aus.
Für den Hessischen Investitionsfonds und damit insbesondere für den Schul-
bau sind von der Bank in den letzten vier Jahren rund 874,5 Millionen DM zur
Verfügung gestellt worden. (-/30.9.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller